

aber nicht gerieben und beseitigt. Deshalb ist es auch eine produktionspolitische Aufgabe der Gewerkschaften, durch ihre in bäuerlichen und handwerklichen Betrieben beschäftigten Mitglieder für die Umwandlung der privatwirtschaftlichen Verfassung dieser Genossenschaften in gemeinwirtschaftliche Verfassung mit einzutreten. Das ist allerdings eine Aufgabe, die für Gewerkschaften ganz neu auftritt, aber zweifellos mit in den Gesamtmaßnahmen produktionspolitischer Betätigung gehört.

Den Gewerkschaften kann es auch auf die Dauer nicht gleichgültig sein, ob ein sehr großer Teil — in manchen Gewerkschaften die Mehrzahl — der Mitglieder in ganz unzulänglichen Betrieben und bei einer ganz unzulänglichen Produktionsmethode beschäftigt ist. Damit verbunden sind meist ebenso unzulängliche Lohn-, Arbeitszeit- und hygienische Verhältnisse, wie es in den Kleinbetrieben durchweg der Fall ist. Diese Mängel können gewiß durch gewerkschaftlichen Druck eingeschränkt, aber dem Grunde nach nicht beseitigt werden. Dazu sind produktionspolitische und auch wirtschaftstechnische Verbesserungen dieser Betriebe notwendig, die sich der einzelne nicht leisten kann. Das ist nur durch genossenschaftlich-gemeinwirtschaftliche Verbindung dieser Betriebe zu erreichen. Die Arbeiter dieser Betriebe haben an einer solchen Entwicklung ein lebhaftes Interesse. Die Ueberführung der jetzigen privatwirtschaftlichen Bauern- und Handwerker-genossenschaften in gemeinwirtschaftliche Genossenschaften ist aber eine gesellschaftspolitische Maßnahme und kann auch nur als solche vom Massenstandpunkte aus mit Massenkampfmitteln von der Arbeiterkraft gelöst werden. Xroßm ist es sehr notwendig, daß über die Stellung der Arbeiterkraft in bäuerlichen und handwerklichen Betrieben auch vom produktionspolitischen Standpunkte aus diskutiert wird. Die Hilfe der Gewerkschaften auf diesem Gebiete kann aber nur gewerkschaftspolitischer — nie praktisch-produktionspolitischer — Natur sein.

In welcher Weise können sich aber die Arbeiter selbst der Genossenschaftsform bedienen zur Verbesserung ihrer sozialen Lage? Es gab in der Arbeiterbewegung eine Zeit, in der von produktionsgenossenschaftlicher Betätigung alles geist erwartet wurde. Diese Erwartungen haben sich auch nicht dem Scheitern nach erfüllt. Unter harten und furchtbaren Entäußerungen ist diese produktionsgenossenschaftliche Periode der Arbeiterbewegung tatsächlich aufkommensgebrochen. Was jetzt noch von Arbeiterproduktionsgenossenschaften vorhanden ist, sind ihrem Charakter nach nur privatwirtschaftliche Vereinigungen ohne jeden gesellschaftspolitischen oder gar gemeinwirtschaftlichen Wert.

Die Genossenschaften alleamt sind heute Erscheinungen mehr gefühlsmäßiger als methodologisch-erkenntnis-mäßiger Art. Deshalb auch die ersprechenden Unklarheiten und das organisatorische Gewirr in der Genossenschaftsbewegung. Deshalb aber auch die vielen Entartungen und die starken Rückschläge dieser Bewegung. Nur die familialen Genossenschaften können in methodologisch-erkenntnis-mäßigen Sinne als Genossenschaften angesehen werden. Und das sind die Konsumgenossenschaften (Zusammenfassung der Verbrauchsfamilien Arbeiterfamilien, Handwerker- und die landwirtschaftlichen Genossenschaften (Zusammenfassung der Produktions-, Bauern- und Handwerkerfamilienbetriebe).

Alle anderen genossenschaftlichen Beside sind Entartungen, haben keinen gemeinwirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklungsinhalt, sind nur eine mißbräuchliche Anwendung der juristischen Genossenschaftsform auf privatwirtschaftlichen Zwecken — dieses sicher harte Urteil trifft aber auch mit aller Schärfe die sogenannten Arbeiterproduktionsgenossenschaften, ganz gleich welcher Art. (Der Verband sozialer Baubetriebe ist bestrbt, die ihm angeschlossenen Genossenschaften restlos in die Form der

G. m. b. H. überzuführen. Bei der Mehrzahl der sozialen Baubetriebe ist das bereits geschehen. (Die Neb.)

Die Arbeiter-Beteiligte einer Arbeiterproduktionsgenossenschaft sind stets durch ihre produktionsgenossenschaftliche Tätigkeit in inneren Widerspruch mit ihren wirtschaftlichen Interessen und mit ihren politischen Gesellschaftszielen geraten. Sie wollten durch ihre produktionsgenossenschaftliche Tätigkeit die Entwicklung zur öffentlichen Gemeinwirtschaft fördern und machten sich selbst zu Privatbesitzern an den Produktionsmitteln, waren gezwungen, gegen die Interessen ihrer eigenen Klassen-genossen selbst zu handeln; sie wurden Unternehmer, die Genossenschaft wurde Privatbetrieb. Diese Entwicklung war nicht etwa ein Produkt menschlicher Schwächen, sondern war eine zwangsläufige Umwelt. Privateigentum an den Produktionsmitteln bedingt privatwirtschaftliche Methoden bei seiner Handhabung. Der von den Produktionsmitteln losgelöste Einzelarbeiter kann nicht mit genossenschaftlichen Methoden- und Mitteln die Produktionsmittel ver-gesellschaftlichen. Die Arbeiter können diesen Prozeß nur korporativ in Angriff nehmen, das heißt durch Organisationen, die in sich schon Gesellschaftscharakter haben, in denen das Einzelinteresse sachlich und persönlich zum Gesellschaftsinteresse überführt ist.

Die Aufgabe der Genossenschaft kann nie sein, einem Kreis von Personen die Möglichkeit zu verschaffen, sich korporativ Produktionsmittel zu erwerben, um damit ihre Existenzmittel oder gar noch eine Rente zu erwirtschaften. Das ist nur korporative Privatwirtschaft mit allen Mühen und Änden des kapitalistischen Profit- und Bestrebens, wie in der Aktiengesellschaft, die sich für solche Zwecke noch viel besser eignet, vorausgesetzt, daß die Kleinaktie (wie in England die Pfund-Aktie) zugelassen würde. Die Genossenschaften müssen die familialen Wirtschaftsbetriebe der „Genossen“ zusammenfassen und sich darauf beschränken, nur für die ihnen angeschlossenen Wirtschaftsfamilien zu arbeiten, nur deren Bedarf zu beschaffen, nur für deren Wirtschaft sich und ihre Einrichtungen zur Verfügung zu stellen; aber sie müssen auch ihre Zore aufhalten für alle, die in ihrer Wirkungs-sphäre wohnen, ihrer Massenlage nach zu ihnen gehören und sich an ihnen beteiligen wollen.

Diese Darlegungen zwingen zu dem Schlusse, daß für die genossenschaftliche Betätigung der Arbeiterkraft nur die Form der Konsumgenossenschaften vom konsumtionspolitischen Standpunkte aus in Frage kommen kann.

Damit wäre das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Genossenschaften, soweit die direkten produktionspolitischen Interessen ihrer Mitglieder in Betracht kommen, unerschütterlich dahin zusammenzufassen, daß für die Gewerkschaften kein positives Interesse für Produktionsgenossenschaften im allgemeinen besteht, im besonderen aber die Förderung von Arbeiterproduktionsgenossenschaften in jedem Falle abzulehnen ist.

Ein anderes Verhältnis der Gewerkschaften besteht zu den Konsumgenossenschaften. Die Konsumgenossenschaften sind ausgeprochene Arbeitergenossenschaften, aber vom konsumtionspolitischen Standpunkte aus. In den Fällen der Gründung von Konsumgenossenschaften durch Bauern und Handwerker hat sich durchweg die gleiche Entwicklung vollzogen, daß schon bei einfacher, aber doch schon umfassender Betätigung der Konsumgenossenschaft, noch mehr aber bei der weiteren Entwicklung der Konsumgenossenschaft zur Produktion, diese Schichten durch ihre Beteiligung an der Konsumgenossenschaft gegen ihre Schichten-(Klassen-)interessen handelten. Sie gerieten dadurch in Gegensatz- und auch Handlungskonflikte mit ihren eigenen ökonomischen Interessen; letztere waren die überwiegenden, das

Konsumgenossenschaftliche erstiende — die Konsumgenossenschaft geriet in Verfall.

Keine Gesellschaftsform kann auf die Dauer und mit Gesellschaftswirkung sich gegen ihre eigenen Klasseninteressen ökonomisch betätigen. Die Konsumgenossenschaften sind geschichtlich und wirtschaftlich Parallelorganismen der Gewerkschaften. Beide konnten erst mit der Bildung eines modernen Industrieproletariats entstehen. Die Konsumgenossenschaften sind die ersten Entwicklungsstadien und die entwicklungs-möglichkeiten für die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftform überhaupt, besonders aber für die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsförderung der Familien. Was heute noch an gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen vorhanden ist, konnte nur gestützt auf die Konsumgenossenschaftlichen Erfahrungen und meist auf die Konsumgenossenschaften selbst sich entwickeln.

Bei der Betrachtung des Verhältnisses von Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften muß aber die sich immer mehr abzeichnende praktische Zusammenarbeit beider Organisationen mit erwähnt werden. Es gibt jetzt schon große wirtschaftliche Unternehmungen, die nur von Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften getragen und mit großem Erfolge geleitet werden.

Das sind die charakteristischsten Wertmaßungsmerkmale der Konsumgenossenschaften vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus. Diese Beziehungs-Verhältnisse begründen aber auch ein Pflichtverhältnis der Gewerkschaften zu den Konsumgenossenschaften. Es liegt im praktischen Interesse der Gewerkschaften selbst, daß ihre Mitglieder den Konsumgenossenschaften angehören und dort ihren Bedarf bedenken.

Damit erhalten einmal die Konsumgenossenschaften die Bevölkerungs-schicht als Mitglieder, die durch ihre Massenlage eine Heimbürgerlich-privatwirtschaftliche Abirrung der Konsumgenossenschaften verhindern; das ist von außerordentlicher Bedeutung.

Ferner erhält und erweitert sich die Gewerkschaft wertvolle Stützpunkte in den Konsumgenossenschaften und nicht zu unterschätzen ist die vor-teilhafteste Bedarfsbedarfs-möglichkeit der Gewerkschaftsmit-glieder in den Konsumgenossenschaften, die einer inneren Nothilfeleistung gleichkommt.

Das sind die Konsumgenossenschaften für die Gewerkschaften nicht zu ersetzende Partnerorganisa-tionen bei der praktischen Uebernahme gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen.

Wird das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Konsumgenossenschaften von diesem Standpunkte aus unterzucht, dann müssen die Gewerkschaften durch diese Feststellungen zu einer positiven und aktiven Konsumgenossenschaftspolitik kommen, die nur erst einmal darin zu bestehen braucht, den Gewerkschaftsmitgliedern die Mitgliedschaft und Bedarfsbedingung zur Pflicht zu machen. Jede dieser Mitglieder ist es dann, die gewerkschaftlichen Interessen in den Konsumgenossenschaften zu vertreten.

Die österreichischen Arbeiterkammern.

Zwischen der interessierten wirtschaftlichen Kreise — nicht zuletzt der Gewerkschaften — steht man sich ausen-ander über den Aufbau und die Bedeutung des Reichs-wirtschaftsrats, über die praktische Verwirklichung des Artikels 165 der Reichsverfassung. In Nr. 40 des „Grundstein“ wurde schon auf den neuen Entwurf über den end-gültigen Reichswirtschaftsrat hingewiesen, der augenbl-lick in den beschiedenen Behörden zur Begutachtung vorliegt. Wenn auch in den Gewerkschaften eine ziemlich einseitige Meinung über die praktische Durchführung des genannten Artikels vorhanden ist und der Gewerkschafts-soung zu Breslau erneut seine Meinung über dessen praktische

Weimar und der gewerkschaftliche Gedanke.

Es sind jetzt 150 Jahre her, daß unser größter Dichter Goethe seinen Einzug in Weimar hielt und damit Weimar zum Anziehungspunkt eines geistigen Gedankens machte. Mitte Oktober 1775 hatte der Herzog Karl August von Weimar auf der Turkreise durch Frankfurt Goethe nach Weimar eingeladen; nach langem, vergeblichem Warten holte ihn der Bagen des Herzogs Anfang November 1775 nach Weimar ab, wo er in der Frühe des 7. November eintraf. Der Aufenthalt war nur vorübergehend gedacht, doch sollte die Stelle den Dichter für das ganze Leben nach Weimar bringen.

Die Jahr nach Weimar bedeutete damit einen Wendepunkt in Goethes Leben. Ohne Goethe hätte Weimar nicht den Rang in der Welt bekommen, den es hat. Aber man weiß auch nicht, wie sich der schöpferische Mensch Goethe ohne Weimar entwickelt hätte. In Weimar fand er, was er suchte, die Entfaltung seiner Persönlichkeit und den wirtschaftlichen Boden für sein Schaffen. Und darum brachte ihn sein heines Gefühl mit solchem Zwange nach Weimar.

Es ist bekannt, daß Goethe lange Jahre auch als Verwaltungsmann und Amtler in Weimar tätig war. Ausfüllen sollte diese Arbeit sein Leben nicht. In großmütiger Weise sah es Karl August als seine Pflicht an, Goethe vor allem die Freiheit seines Schaffens zu geben, und Goethe fand diese großzügige Gewinnung auch sein Leben lang dankbar anerkannt. Aber Goethe nutzte die Freiheit nicht. Er nahm seine Verwaltungsbearbeit ernst und er konnte nicht zwei Aufgaben voll dienen. Darum litt seine Produktivität. Werf lag neben Werf als Krüchling. Und durch diese Unterdrückung seines einseitigen Wesens lief er nicht nur fehl, sondern auch torpediert. Seine Gedanken verfielen. Ein Bild jener Zeit zeigt ihn vor-zuglich. Ein kurze Entschluß, eine Hand nach Helten, reichte ihn und sein Text.

Für Goethes Schaffen war diese Kunst nach Italien von nach großer Bedeutung als die Ueberführung nach Weimar. Was dieses Erkenntnis sind von wesentlicher Bedeutung für Weimar und Italien. Weimar erhielt durch die Fahrt nach Italien erst seine Erfüllung. In Italien findet Goethe sich selber. Da erstarkt er als der ganze,

große, freie, geläuterte Dichter. Darum kann man ohne die Würdigung der italienischen Reise nicht seines histori-schen Einzugs in Weimar gedenken.

Nicht als wenn Goethe je seine Arbeit in Weimar be-bauert hätte. Im Gegenteil. Das praktische Le-bensleben in Weimar war der Erzähler seiner e-Genius. Auch ein Mensch wie Goethe konnte nicht abseits vom Leben reifen. Er hatte das Leben nötig, um er selber zu werden. Nur durch ein lebensbiges Gemein-wachen in die Wirklichkeit des Lebens wird auch der geistig Schaffende Mensch. Bei der liebsten Einbildung und Übung menschlicher Dinge wäre ich immer unbekannt mit der Welt und in einer ewigen Stumpfheit geblieben,“ schreibt er einmal. „Mehel glücklicher war es,“ fährt er fort, „mich in ein Verhältnis gesetzt zu sehen, dem ich von keiner Seite gemachsen war, wo ich durch manche Fehler des Unbegriffs und der Ueberlieferung mich und andere kennen zu lernen Gelegenheit genug hatte, wo ich durch so viele Prüfungen gesch, deren ich zu meiner Aus-bildung äußerst bedürftig war.“

Aus diesem eigenen Erleben heraus kama Goethe zu seiner Auffassung von der erzieherischen Bedeutung der Arbeit, wie sie aus seinem „Faust“ und besonders Kar und begründet aus „Wilhelm Meister“ herausklingt. Die Arbeit ist die Lehrmeisterin des Lebens. Und darum wird auch in einer sozialen Gesellschaftsordnung die Arbeit der Zentralpunkt des Lebens sein, wie dann auch die Arbeit der Zentralpunkt des Schulunterrichtes sein wird. Aber neben der Arbeit hat der Mensch noch ein anderes nötig, das Goethe in Weimar vermocht hat und das ihm Italien schenkte. In Italien, dieser Ergänzung zu Weimar, fand Goethe das notwendige Wesen der Arbeit, das Menschliche als die Krönung der Arbeit.

Soziale Unterdrückung war es natürlich nicht, das Goethe litt. Im Gegenteil, es war der höfliche Zwang, die Zeitfeier der Zeiten. Auch Goethe fehlte das Menschliche, Schlichte, Natürliche. Goethe war herausgerissen aus dem Menschlichen nach oben, das Volk ist aus dem Menschlichen herausgerissen nach unten. Es ist Werkzeug, Lohn-scheibe des Unternehmertums. Gerade weil Goethe dieses notwendige Menschliche im weimarischen Leben so sehr fehlte, darum empfand er

dieses schlichte, natürlich Menschliche da unten auf seiner italienischen Reise als solch großes und erhebendes Glück. Goethe lebte er sich in diesen so entbehrten Menschlichen da unten nur so recht aus. Wie in seiner Jugend mischt er sich unter das Volk, plaudert er mit dem Volke, spielt er mit den Kindern des Volkes, und es kommt ihm jetzt so „elend“ vor, daß er in Weimar fast mit niemand aus dem Volke reden durfte, „der nicht was wollte und machte.“ Und darum meidet er da unten bewußt die vornehme Welt und er bezieht nur mit dem Volke, um nachzuholen, was er so sehr entbehren mußte.

Und dieses Erleben des Natürlichen, Menschlichen weitete dann seine Seele und machte ihn empfänglich für alles Große und Schöne, das ihm Italien bot. Solch ein Element hatte er sich ja so „lange gewünscht, um auch einmal zu schwingen und nicht immer zu waten.“ Und durch Volk und Menschlichkeit schöpferischer und reicher geworden, kehrt er zurück, durch natürliche Menschlichkeit größer nach Weimar, als er es 1775 betreten hatte.

Und wie bei Goethe, so bei Schiller und den andern in Weimar. Das Reiche und Höchste wurde ihnen allen das Menschliche. Ohne tief menschliches Gefühl kein Schaffen. Nur im Ausleben und Erleben des Menschlichen ist jeder einzelne von uns ganzer Mensch.

Damals stand die technische und wirtschaftliche Ent-wicklung noch auf niedriger Stufe. Die Maschine war erst im Begriffe, die Welt zu erobern und — das arbeitende Volk zu proletarisieren, zu unterdrücken und auszubuten, wie es heute geschieht. In diesem Gegenstande hatten Weimar und der Kapitalismus heute auseinander. Die Arbeit ist Mammonsdienst. Sie ist Dienst an der Erde, für den Gewinn. Es fehlt ihr das große Menschliche, das große notwendige Menschliche, das Soziale, das Gemein-schaftliche, Liebende. Der Kapitalismus hielt in nie gewesener Schärfe gegen Weimar. Jeder Kampf, der dem Kapitalismus gilt, dient darum dem Geiste der Weimar. Nicht Mammon, sondern Volk. Nicht Kapitalismus, sondern Gemein-schaft. Nicht Maschine, sondern Mensch. Und darum ist der gewerkschaftliche Kampf nicht gleich mit seiner wirtschaftlichen Bedeutung auch ein Kampf dieser großen kulturellen Aufgabe, die Weimar seit jetzt 150 Jahren für die Welt bedeutet.

Durchführung festgelegt hat, so mag es doch von allgemeiner Interesse sein, zu erfahren, wie in anderen Ländern die praktische Durchführung der in der Wirtschaftsdemokratie liegenden Aufgaben vollzogen worden ist.

Von diesen Gründen ließ sich auch der Arbeiterrat von Groß-Samburg leiten, als er sich von dem Syndikus der Wiener Arbeiterkammer, Dr. Rager, einen Vortrag über die österreichischen Arbeiterkammern halten ließ.

Dr. Rager, der aus einer fünfjährigen praktischen Erfahrung sprach, gab zunächst einen kurzen Überblick über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Oesterreich, über den politischen und wirtschaftlichen Nachdruck der Arbeiter und Angestellten. Der Gedanke der Arbeiterkammer sei in Oesterreich schon ums Jahr 1848 aufgetaucht.

Oesterreich hat auf diesem Gebiete eine ganz besondere Geschichte. Da das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich sehr spät eingeführt wurde, erhobte man durch die Arbeiterkammer einen Einspruch auf das Parlament zu gewinnen.

Als dann 1918 sämtliche politische Macht in die Hände der Arbeiter und Angestellten geriet, wurde sofort an die Verwirklichung dieser Gedanken gesritten; man erkannte klar, die politische Demokratie sei durchgeföhrt, die Wirtschaftsdemokratie stehe dagegen erst in ihren Anfängen.

Drei Gründe veranlassen die österreichische Arbeiterkammer, gesetzliche Arbeiterkammern zu schaffen. Die in den verschiedenen Ländern vorhandenen Handels- und Gewerbetkammern, die ausschließlich Interessenvertretungen der Unternehmer sind, haben es verstanden, nach überallhin großen Einfluss zu gewinnen.

Diese ausgesprochenen Unternehmerinteressenvertretungen fehlte die österreichische Arbeiterkammer ihrer Arbeiterkammern entgegen. Als zweiter Grund gilt, daß die österreichische Arbeiterkammer angestrichelt ihren ererbten politischen Macht alle Erwerbstätigen möglichst schnell gesetzlich festzulegen suchte.

Dieser Grundgedanke der österreichischen Arbeiterkammer zum Segen im Gegensatz zu Deutschland, wo man sich zunächst mit Verhandlungen zu helfen suchte. In Oesterreich gibt es ein Gesetz über die Arbeitsbedingungen, ein Betriebsratsgesetz und ein Gesetz über die Arbeiterkammern.

Vertrauen, das die Arbeiterkammern heute in der gesamten Bevölkerung gewonnen haben, wesentlich vergrößert. Die österreichische Arbeiterkammer — so betonte der Redner — könne froh sein, eigene Arbeiterkammern gesetzlich geschaffen zu haben.

Jeder Gedanke an paritätische Kammern werde von ihr abgelehnt. Die österreichischen Arbeiterkammern haben sich im wirtschaftlichen Leben restlos durchgeföhrt. Paritätische Kammern hätten ihre Aufgaben in dem Sinne, wie sie heute die österreichischen Arbeiterkammern gelöst haben, nicht gelöst.

Man mag die reinen Arbeiterkammern für Oesterreich gelten lassen. Aus den Ausführungen Dr. Ragers wurde eben klar, Oesterreichs Arbeiter und Angestellte haben sich etwas geschaffen, was zukunftsweisend auf dem Gebiete der Wirtschaftsdemokratie ist.

Jedoch hätte man sich, dieses Art der Einrichtung gedankt, was auf die heutigen Verhältnisse übertragen zu wollen. Oesterreich ist ein kleines Land, in Wien konzentriert sich hauptsächlich die Industrie; daher gibt auch die Wiener Arbeiterkammer in vielen den Ausschlag.

In Deutschland würden reine Arbeiterkammern isolierte Kammern sein. Deutsche Verhältnisse verlangen eine paritätische Zusammenlegung der bestehenden Handels-, Industrie-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern. In Deutschland baut man allerdings die

Zentralratsparität, den Reichswirtschaftsrat, querst aus, anstatt den notwendigen Unterbau zu schaffen, der den im Artikel 165 der Verfassung festgelegten Gedanken der Wirtschaftsdemokratie lebendig machen würde.

Was den österreichischen Arbeiterkammern heute als Aufgabe zufällt, das würde in Deutschland von den zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräten und dem Reichswirtschaftsrat zu leisten sein. Die Erreichung dieses Zieles wird eine der großen Aufgaben der Gewerkschaften sein.

Der deutsch-russische Handelsvertrag.

Der zwichen Deutschland und Sowjetrußland abgeschlossene Handelsvertrag ist unterzeichnet worden. Er stellt sich zusammen aus den üblichen allgemeinen Bestimmungen und Abkommen über Niederhaltung, allgemeinen Reichsrecht, Wirtschaftsabkommen, Steuerabkommen, Abkommen über die Geschäftsstelle, Güterverkehrsabkommen, Handelsstreitigkeiten und gewerblichen Rechtsschutz.

Der Vertrag soll möglichst bald ratifiziert werden. Ueber den Vertrag hat man so ziemlich jahrelang verhandelt. Wenn es nun zu einem schnellen Abschluß gekommen ist, dann mögen dabei im Hinblick auf die Konkurrenz in Vöran politische Momente günstig in die Waagschale gefallen sein.

Im Mittelpunkt der gewöhnlichen Konzeptionen steht das Recht der Meißbegünstigung. Allerdings ist dieses Recht in dem deutsch-russischen Handelsvertrag fast beinahe gänzlich. Man darf wohl mit Recht sagen, daß die Meißbegünstigung im Verkehr mit Rußland überflüssig ist; jedenfalls ist sie stark dadurch herabgemindert, daß Rußland ein Außenhandelsmonopol hat und ohne Zweifel für absehbarer Zeit schon im Interesse seiner Außenhandelspolitik an Außenhandelsmonopol festhalten wird.

Finanzprogramm in Zukunft Defizite ergeben, die in einer Einschränkung des Imports gütige treten. Es kommt darauf an, in welchem Maße die Russen dann die Drofflung der Wareneinfuhr auf den Weltmarkt vertiefen und in welchem Maße die deutsche Industrie konkurrenzfähig ist, die russischen Drofflungen von sich abzuwenden.

Jugendschutz durch Gesetz oder durch Tarifverträge?

So lautet die Fragestellung, die sich auf der vom Ausschuh der Deutschen Jugendverbände vom 6. und 7. Oktober nach Cassel einberufenen Tagung ergab. Ursprünglich war als Aufgabe dieser Tagung gedacht, die Frage der Notwendigkeit verstärkter Jugendschutzes, besonders größerer Freiheit vom gesundheitlichen und erzieherischen Standpunkt aus der Deffentlichkeit nachzuweisen.

Die im Frühjahr beschlossenen Forderungen aller deutschen Jugendverbände an die Gesetzgebung nach 3 oder 2 Wochen verzahltem Urlaub und nach Freilassung der 18-Stunden-Woche, nach Erhöhung des Schulalters von 16 auf 18 Jahre, Verbot der Nacharbeit und Gewährung zureichender Pausen, allen noch nachdrücklich eine Begründung erhalten, die besonders für die nicht unmittelbar in der Jugendvereinstätigkeit stehenden Kreise bestimmt war.

Bei der Erörterung sprachte erwählte der Vorsizende, Herr Sudekum, daß das Reichsministerium und das Reichsarbeitsministerium wegen Arbeitsüberlastung keine Vertreter entsandt hätten. Diese „offizielle“ Einstellung ergab sich dann auch bei dem Vortrag des Ministerialrats Dr. Hiertmann von Preussischen Handelsministerium.

Dr. Hiertmann halte es übernommen, die Notwendigkeit der Freiheit vom erzieherischen Standpunkt aus zu begründen. Aber trotz der Betonung, als Privatmann zu sprechen, fand der Verwaltungsbeamte in ihm ansetzend dennoch keine Ruhe. Der Schluß des Vortrages war ein Hinweis auf die verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten, die sich aus der gesetzlichen Urlaubsgewährung ergeben würden.

Dr. Hiertmann sah eine Gefahr darin, Millionen von jungen Menschen auf die Deffentlichkeit „loszulassen“, ohne vorher die Gewähr zu haben, daß genügend Ferienheime und Herbergen vorhanden sind. Die gesetzliche Regelung sei in den nächsten 5 oder 6 Jahren noch nicht angebracht, der Weg der tariflichen Regelung und des kommenden Berufsausbildungsgesetzes müßten gesucht werden, um Tatsachen zu schaffen. Dieser Faden wurde bei dem Vortrag über die wirtschaftliche Durchführbarkeit der Urlaubsforderung weitergesponnen.

Auch der hierfür gemeinnene Redner, Herr Dr. Starmer aus der sozialpolitischen Abteilung des Siemens-Singens, legte dar, daß eine gesetzliche Regelung überhaupt nicht in Frage komme, es sei ungewandmäßig, „freie Willensbetreibungen“ zwangsweise zu binden; zwangsweise Regelung würde gegen die Grundsätze der Wirtschaft und Sozialpolitik verstoßen.

Beide Vorträge gaben den Genossen Maßgabe und Material zum Nachdenken, sowie die Gründe der Zentralverband der Angestellten Veranlassung, sowohl die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung wie auch deren wirtschaftliche Durchführbarkeit zu behandeln. Die Mehrheit der Teilnehmer, besonders im Handwert, denkt nicht daran, ihre freien Willensbetreibungen auf die Bewährung von Ferien zu richten. Deshalb sind zwangsweise Bindungen notwendig. Die grundsätzliche Anerkennung der Berechtigung der Jugendschutzforderungen bleibt eine leere Redensart, wenn gleichzeitig der Weg zur Verwirklichung abgelehnt wird. Ferner wurde von den gewerkschaftlichen Vertretern gesagt, daß, gemessen an den gezahlten Löhnen und Kostengedern, die finanzielle Seite der Urlaubsgewährung an etwa 4 Millionen Jugendliche eine gar nicht ins Gewicht fallende Belastung der Gesamtwirtschaft bedeute.

Die Lohnsumme für diese 4 Millionen würde während des geordneten Urlaubs im Höchstfalle 8 Millionen Mark betragen; da die Gesamtsumme der in Deutschland jährlich gezahlten Löhne und Gehälter mindestens 20 Milliarden Mark beträgt, besteht die „Mehrbelastung“ darin, daß auf 100 Mark Lohnsumme 40 3 Mehraufwand im Jahr kommen würden. Einzelne Betriebe oder Industriezweige, die vorwiegend Jugendliche beschäftigen, werden natürlich über diesen Zuschuß nicht kommen. Aber sollen nur unsere für notwendig erklärten Jugendschutzmaßnahmen bezogen auf den St. Nimmerleinstag betragen, weil es Betriebe gibt, in denen unter 3000 Beschäftigten wie in einer großen Schokoladenfabrik im Rheinland — mehr als 2000 Jugendliche gezählt werden? Hier wäre vielmehr zu erwägen, ob in solchen Fällen nicht eine Beschränkung in der Zulassung jugendlicher am Platze wäre. Schließlich wurde die nachstehende Entschlußfassung einstimmig angenommen:

Die Tagung der Deutschen Jugendverbände vom 6. und 7. Oktober 1925 in Cassel ist durch die Vorträge des Herrn Oberregierungsrats Dr. Vogauß vom Reichsjugendsekretariat über „Die Bedeutung der Freizeit für die Gesundheit der erwerbstätigen Jugend“, des Herrn Ministerialrats Dr. Hiertmann vom Preussischen Handelsministerium über „Die Bedeutung der Freizeit bei der Erziehung der erwerbstätigen Jugend“, und des Herrn Dr. Stammer von der Sozialpolitischen Abteilung des Siemens-Werks über „Die wirtschaftliche Durchführbarkeit einer jährlichen Urlaubszeit der erwerbstätigen Jugend“ sowie durch die weiteren in der Hauptsache erklärten Jugendschutzmaßnahmen bestimmt worden, daß die Verbände des Ausschusses der Deutschen Jugendverbände vom Januar und April 1925 zur gesetzlichen Regelung der Arbeits- und Freizeit der erwerbstätigen Jugend von der Gesetzgebung bald erfüllt werden müssen, wenn nicht die gesundheitliche, geistige und wirtschaftliche Volkskraft größten dauernden Schäden erleiden soll.

Sie bittet alle Organisationen und beherrschenden Stellen der Jugend- und Volkswirtschaft, sich den wohl begründeten einmütigen Forderungen der 74 Jugendverbände aller Richtungen anzuschließen und ihnen zur baldigen Durchführung zu verhelfen.

Sie erwartet von den Trägern des Wirtschaftslebens, daß sie die Volkswirtschaftlichen dieser Forderungen nicht verkennen und ihrer Durchführung keine Hindernisse entgegenstellen.

Es wurde dann noch über die gesundheitliche Lage der Jugend gesprochen, ferner über die Bedeutung der Freizeit der Jugendlichen, Zusammenfassend kam über die Tagung gesagt werden, daß Reichsverbände und Bundes-

nehmer in der Abrechnung der gesetzlichen Regelung der Ferien übereinstimmen. Die Hinweise auf die Tarifverträge und auf das immer noch in den Schranken der Regierung schlummernde Berufsausbildungsrecht sind nichts als leere Kluschküche; denn beide Teile haben bisher konsequent darauf hingearbeitet, daß der größte Teil der Jugendlichen nicht von den Tarifverträgen erfasst wird. Die Gewerkschaften werden weiter auf Verbesserung der Verhältnisse durch die tarifliche Regelung hinarbeiten müssen; sie dürfen sich selbstverständlich nicht auf die Gesetzgebung allein verlassen. Die Jugendlichen und Lehrlinge werden noch mehr als bisher in die wirtschaftlichen Kämpfe einbezogen werden müssen. Das ist die Konsequenz, die sich aus dieser Forderung ergibt. Deshalb führt die Jugendlichen den Gewerkschaften zu und erkämpft ihnen das, was ihnen formale Unternehmungskürzlichkeit bringt. So sind auch in dieser Richtung die Gewerkschaften die Vorkämpfer gesteigerter Volksgesundheit und Kultur!

Gewerkschaftsprobleme — Baugewerksjugend.

Befinnend für das Leben aller Völker ist stets die wirtschaftliche Struktur ihres Landes. Davon hängen ab alle ihre Lebensformen, Kunst, Bildung, Wissen, Religion, Ideologie, ihre ganze Kultur. Die Problemstellung liegt im Wirtschaftlichen, ihre folgerichtige Lösung wird die Menschen in die geschichtliche Fortentwicklung. Wollen wir also unsere Zukunft günstig gestalten, so müssen wir die Aufgaben aus der heutigen ökonomischen Lage heraus erkennen und an ihre Lösung herangehen.

Die gesamte europäische Wirtschaft steht heute im Zeichen einer großen Krise. Deren Ursachen sind in erster Linie Folgen des Weltkrieges. Die ungeheure Vernichtung unzählbarer Werte brachte die Verarmung aller Staaten Europas. Verarmung bedeutet Einschränkung der Konsumfähigkeit, verringerte Produktion und damit Arbeitslosigkeit. Die Verschuldung Europas an Amerika, die Verschöberung der Anteile am Weltgeldbestand zugunsten Amerikas bedeuten schwierige Kreditbeschaffung, teure Kredite, diese wiederum Erschöpfung der Produktionskosten. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit aller europäischen Staaten, die fehlende Möglichkeit, sich selbst zu ernähren und mit wirtschaftlichen Gütern zu versorgen, das Fehlen eines reichhaltigen Güterausstausches, verhindert durch die Zollpolitik, drängen zu Wirtschaftserleichterungen. Die unsicheren politischen Zustände, das gegenseitige Mißtrauen der Staaten wirken verhängnisvoll auf die Lage. Das Gespenst des Weltkrieges verhängt sich über die Vorkänge in China wirken ebenfalls lähmend auf das Wirtschaftsleben. Die europäischen Wirtschaftsverhältnisse treten im allgemeinen natürlich auch auf die deutlichen zu. Deutschland hat zur Welterneuerung im Krieg noch eine Werteverminderung in der Inflationszeit gestiftet. Wir haben in den Inflationsjahren einen Wertanteil aller ausgeführten Waren den Kaufkraft gesenkt, indem auf dem Weltmarkt unsere Waren im Preise niedriger als alle anderen verkauft wurden. Die unterschiedliche Kaufkraft führte bei solchen Geschäften einen Gewinn vor, der aber nur auf Kosten unserer volkswirtschaftlichen Substanz erreicht wurde. Diese verkleinerten Werte wurden aufgebracht von der mit geringem Reallohn bezahlten Arbeiterkraft und den Besitzern von Barvermögen (Hypotheken, Bank- und Sparkassengeldern, Anleihen, Wertpapieren), deren Besitz sich mit dem Sinken der Mark verminderte. Der Handel vergrößerte sich, während die Gesamtproduktion um ein Drittel gegenüber der Vorkriegszeit zurückging. Als es dann nicht mehr ging, war der Inflationssturz schnell zu Ende. So haben Inflation und Krieg unsere Wirtschaft um große Werte gebracht. Es zeigte sich dann auch, daß unsere Technik, infolge Fehlens jeder Konkurrenz in und nach dem Krieg, gegenüber der anderer Länder weit zurückgeblieben ist.

Die deutsche Landwirtschaft ist in der Lage, zwei Drittel der Gesamtbevölkerung zu ernähren. Das reichliche Drittel der deutschen Lebenshaltung muß sichergestellt werden durch Einfuhr, für deren Wert wir industrielle Produkte ausführen müssen. Um aber ausführen zu können, müssen wir wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt sein. Sind die Vorbedingungen vorhanden? Unsere Technik ist zurückgeblieben gegen die anderer Industrieländer. Durch den Friedensvertrag haben wir große Teile unserer Rohstoffgebiete eingebüßt. Unsere Wirtschaft ist belagert mit Friedensvertragsleistungen. Hohe Steuern mindern die Konsumfähigkeit des Volkes und verringern damit die Produktion. Die Schutzzölle verteuern die Produktionskosten durch Preissteigerung der Rohstoffe, sie vermindern ebenfalls die Konsumfähigkeit des Volkes. Die Ausschaltung der Konkurrenz in den wichtigsten Wirtschaftszweigen durch Kartelle, Syndikate, Trusts gefährdet diesen Vereinigungen, ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Interessen, sich im Inlande hohe Preise zu sichern. Demnach auf die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Reorganisation wirkt der übermäßig im Verhältnis zur Produktion stehende Staat.

Diese Umstände zeigen nur Genüge, wie weit wir von einem durchaus gesunden Wirtschaftsleben entfernt sind. Das deutsche Unternehmertum sucht sich auf die leichteste Art, bei der man sich nicht in besondere geistige Anstrengungen zu tätigen braucht, aus dieser unangenehmen Lage herauszuwickeln. Ihre Erkenntnis ist: die Produktionskosten zu hoch; ihrer Weichheit letzter Zahlung; es müssen Abstriche gemacht werden, und zwar so, daß man sich selbst überlistet haben will. Deshalb Trend auf den Preis der Arbeitskraft, Verkürzung der Arbeitszeit; man verlangt von Arbeitern der Sozialisten, kurzum, man überläßt die Lasten der eigenen Schuld der Lohnarbeiterkraft. Die Sozialisten der Lohnarbeiter sind die Zusammenfassungen und Organisatoren der Lohnarbeiter. In dieser Unternehmungskürzlichkeit stehen diese Lohnarbeiter. Ihre Kompromisse gelten in erster Linie der Erhaltung der Erwerbsmöglichkeit der breiten Masse in ungewisser und unzureichender Weise, sie zwingen die Lohnarbeiter zur Unternehmungskürzlichkeit unserer Wirtschaft an. Es besteht die Gefahr, die Erhaltung der Erwerbsmöglichkeit der Lohnarbeiter für die Erhaltung

und Hebung der Konsumfähigkeit und damit der Produktion zur Folge.

Welche Probleme ergeben sich nun aus unserer jetzigen Wirtschaftslage für uns als Gewerkschafter? Die innerhalb des kapitalistischen Organismus markanteste Erscheinung ist zweifellos die stärkere Konzentration des Kapitals, sind die industriemäßig zu einem einheitlichen zusammengefaßten Kartelle, Syndikate und Trusts und die sich über verschiedene Industrien erziehenden Konzerne, jene horizontal, diese in erster Linie vertikal konzentrierte Wirtschaftskräfte. Sie sind die stärksten Wirtschaftsmächte; ihre Stärke liegt in ihrer Monopolstellung und in ihrer Einheitlichkeit gegenüber den Verkäufern der Ware Arbeitskraft, denen gegenüber sie den Vorteil haben, daß sie zahlenmäßig kleiner und ihre Mitglieder durch rechtliche Bindungen leicht zur Einhaltung von Abmachungen zu zwingen sind.

Entsprechend die horizontal gelagerten Wirtschaftskräfte sind die horizontal gelagerten Wirtschaftskräfte, Kartelle, Trusts, Ringbindungen in ihrer Produktionsbasis etwa dem Tätigkeitsfeld unserer heutigen Gewerkschaften (Wirtschaftszweige), so ändert sich dies, sobald es sich um vertikal gelagerte Organisationen und Konzerne handelt. Hier sind es Unternehmungen, die sich über verschiedene Wirtschaftszweige erstrecken, die, sollen sie wirtschaftlich erfolgreich bekämpft werden, auf allen Gebieten angegriffen werden müssen.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Konzentration auch unserer gewerkschaftlichen Kräfte. Die erste Stufe hierzu ist die Schaffung von Industriengewerkschaften. Aber auch sie wird nicht die endgültige Form unserer Kräfteaufnahmefassung sein, vielmehr zeigt die kapitalistische Entwicklung den Weg zur Einheitsgewerkschaft. Es verzieht sich von selbst, daß sich diese Entwicklung nicht im Sandumdrehen vollzieht, sie wird das Best wirtschaftlicher Notwendigkeit werden. Mit dieser organisatorischen wird auch die Veränderung der Kampfformen und unserer Taktik Hand in Hand gehen müssen. Der heute berechtigte partielle Kampf wird mehr und mehr dem Großkampf weichen. Ein nur durch Bauarbeiter geführter Kampf wird ausfallslos sein, wenn er sich gegen Unternehmungen richtet, die Teilgebilde von Konzernen sind, die sich über mehrere Wirtschaftszweige erstrecken. Die durch den Kampf entstehenden Verluste ihrer Abteilungen sind zu verschmerzen, wenn die Industrieabteilungen, die nicht bekämpft werden, weiterhin Gewinne abwerfen. Dieses Beispiel gilt für alle Wirtschaftszweige.

Die sozialen Strömungen der Nachkriegszeit haben die Stellung der Lohnarbeiterkraft in Produktionsprozess zur heimgelährten Frage gemacht. Die gesetzliche Festlegung der Stellung des Lohnarbeiters, seine Umwandlung vom Wirtschaftssubjekt zum Wirtschaftssubjekt, vom Arbeitsuntertan zum Mitbestimmenden haben bis jetzt teilweise nur geringen Wert, da es der Arbeiterkraft nicht gelungen ist, der vorhandenen Form einen größeren Inhalt zu geben. Dies liegt in der Schwierigkeit, die gesellschaftlichen Aufgaben zu meistern, ferner fehlt dabei der uns lange fallende materielle Erfolg, es zahlt sich nicht in klingender Münze aus. Wollen wir die gegebenen Möglichkeiten wahrnehmen, um wirklich in der Wirtschaftsführung mitbestimmend zu sein, dann müssen wir uns dazu das geistige Nützige beschaffen. Das führt mit Notwendigkeit zu einem anderen gewerkschaftlichen Problem, dem der Bildungsbereit. Im Verkauf der weiteren Entwicklung werden sich die geistigen Erfordernisse an unsere Gewerkschaftsorgane steigern. Diese müssen ihnen die Gewerkschaften übermitteln. Unsere Jugendkolonnen als künftigen Trägern der gewerkschaftlichen Macht muß diese Aufgabe in erster Linie zugewendet werden. Sie sind es, die, eintretend in die rauhe Wirklichkeit des Lebens, die gewaltigen Aufgaben, die hier kurz angebeutet wurden zu lösen haben. An sie muß der Bedarf ergehen, ihnen muß nach Kräften gegeben werden, aber sie müssen auch die Bereitschaft zur Weiterbildung haben. Ihr Bestreben muß sein, lebhaft gewerkschaftliche Aufbaubarbeit zu leisten, sozialistisches Kultur- und Geistesleben zu pflegen, sich abzuheben von bürgerlich-nationalistischer Vereinsharmonieidylle und seichter Literatur, die das kritische Denken einschläfert und über die Wirklichkeit hinwegtäuschen. Sie müssen das Klassenbewußtsein pflegen zur Fundamentierung des eigenen Kampfwillens, sie müssen neben der gewerkschaftlichen eine diese unterstützende politische Tätigkeit entfalten, um dort zu schützen und zu befechtigen, was man hier errungen. Ihre Aufmerksamkeit muß auch ihren Arbeitskameraden gewidmet sein, daß diese nicht zu Parasten der Arbeiterklasse herabfallen. Kämpfer muß ein jeder sein! Nur in enger Geselligkeit lassen sich die schweren Aufgaben lösen. Und gelöst werden sie werden, soll die Zukunft unser sein! Wir müssen die Stellung einnehmen, die der Arbeiterklasse gemäß ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zukommt. Also dies oder aber weitere Abhängigkeit von der Kapitalistenklasse: wir werden die Verhältnisse haben, die wir verdienen!

Walter Wüst, Mettenberg.

Konzernbildung im Baugewerbe.

Bei der Betrachtung der Formen, in denen sich die Kapitalzusammenfassung im Wirtschaftsleben abspielt, hat der Umfang des Grundes, als sei das Baugewerbe einer der Zweige der deutschen Gesamtwirtschaft, der durchaus kapitalistisch gestaltet sei und voraussetzliche auch noch lange Zeit bleiben. In der Tat gibt es ja auch noch einige zehnjährige handwerksmäßige Betriebe im Bau- und in den Baubehelferbetrieben. Aber aus ihrem Bestehen darf nicht gefolgert werden, daß ein Großbetrieb nicht möglich sei und daß solche nicht bereits bestehen. Die baugewerblichen Großbetriebe haben an sich selten Ursache, ihre Größe praktischer auf den Markt zu stellen. Sie handeln vielmehr aus gewissen Gründen gegenwärtig, indem sie durch eine Art Schutzschleier der Betriebsumfang kleiner erscheinen lassen als es wirklich ist. Dazu verleiht ihnen die politische Lage, die Paragrafen der öffentlichen Ordnung mit an erster- oder zweit-rangige Unternehmungen

zu vergeben, weitens die Möglichkeit, sich vor Vermögensverlusten im Konkursfalle zu schützen durch die Bildung mehrerer kleinerer Gesellschaften, statt einer großen, dreites steuerliche Interessen. Aus den nachstehenden Zeilen ist an einigen Beispielen ersichtlich, wie eine Gesellschaft zwar eine durchaus „preussische“ sein, aber doch zugleich in Bayern, Sachsen, Baden oder Württemberg landesangehörig werden kann. Zum besseren Verständnis haben wir die Namen der Verbindungsmänner zwischen den Gesellschaften eines Konzerns geperkt gedruckt.

Berger-Konzernium.

1. Julius Berger, Tiefbau-Aktiengesellschaft in Berlin. Kapital 3 500 000 M. Bank: Darmstädter und Nationalbank. Generaldirektor Konmerziant Julius Berger. Aufsichtsrat: Vorsitzender Konmerziant Anton Kronjoh; Staatsminister a. D. Otto Fißler; Stadtrat und Bankier Martin Friedländer, Stuttgart; Kommerzienrat Adolf Moser; Generalleutnant a. D. v. Rogowski; Bankier Jakob Goldschmidt; Geh. Ober-Regierungsrat a. D. von Filly; Paul Wisse; Direktor Ferdinand Galtel; Bruno Kell, Leipzig; Generaldirektor Friedrich Fild; Rechtsanwalt Siegfried Wolfenstein; Ministerialdirektor Dr.-Ing. Hilmann.
2. Bell & Köfer, Aktien-Gesellschaft für Dach- und Tiefbau in Leipzig. Kapital 600 000 M. Direktoren Bruno Kell, Leipzig und Verno Löfer, Dresden. Aufsichtsrat: Generalfondul Dr. Ernst Schöner, Leipzig; Kommerziant Julius Berger, Berlin; Bankier Hans Liebert-Leden, Leipzig; Bankdirektor Claus Wolten, Hamburg; Rechtsanwalt Dr. Konrad Löfer, Dresden; Bankdirektor Dr. Georg Tobias, Leipzig.
3. Eisenbau-Gesellschaft m. b. H. Krosch & Knapp-Kell & Köfer & Co. in Augsburg. Kapital ??
4. Wisse & Köhl, Berlin. Kapital ??

Das Berger-Konzernium hat zur Zeit außer den in Deutschland befindlichen Bauten in Rumänien-Siebenbürgen, in der Nähe von Kronstadt, einen 4200 m langen Eisenbahntunnel nebst Bohrinschnitten und Pumpen zu erbauen. In Columbia (Südamerika) betreibt es seit etwa 3 Jahren die Bohrarbeiten zur besseren Schiffarmachung des Magdalenaströms. In Kleinasien baut es für Regierung der Regierung von Angora ein Loos der neuen Eisenbahn von Angora nach Sivak.

Bei den 4 Konzernfirmen sind zur Zeit rund 200 Angestellte und 5800 Arbeiter beschäftigt.

Jüblin-Konzernium.

1. G. Jüblin & Co. Aktiengesellschaft in Stuttgart (im Hause des Deutschtums). Früher Süddeutsche Tiefbau-Aktiengesellschaft. Kapital 450 000 M. Direktoren: Otto Wiese, Günther v. Rappenstein und Ludwig Lang. Aufsichtsrat: Franz G. Hansen, Frankfurt a. M.; Dr. G. Schürch, Straßburg; Rechtsanwalt A. Rosenfeld, Mannheim; Ingenieur Eugen Jakob, Frankfurt a. M.; Bankdirektor Franz Gerharter, Augsburg; Direktor Kapferer, Konstanz; Kommerziant Robert Wulff, Düsseldorf; Ing. Fritz Jüblin, Dr. Robert Jüblin, Straßburg.
2. Dornmann & Stiefel Aktiengesellschaft in Augsburg. Kapital 453 000 M. Direktoren: Edgar Rottmann, Fritz Schinnerer. Aufsichtsrat: Oberingenieur Hans Strauß; Bankdirektor Franz Gerharter; Apotheker Friedrich Hermann, Augsburg; Direktor Otto Wiese; Direktor Hermann Schürch; Direktor Robert Jüblin, Stuttgart; Kaufmann Franz G. Hansen, Frankfurt am Main.

Stumm-Konzern.

1. Bayerische Baubetriebe, Aktien-Gesellschaft in München. Kapital 870 000 M. Direktoren Walter Demler, Edmund Reil, Heinrich Noder. Aufsichtsrat: Staatsminister a. D. Dr. F. Brettreich; Bankier Martin Kaufhäuser, München; Staatssekretär a. D. Mich. v. Kuffmann; Generaldirektor F. H. Müller; Direktor E. Deubert, Memmingen a. d. Saar; Bankdirektor Max Böhm.
2. Oberbayerische Baubetriebe, Aktien-Gesellschaft in Freising i. L. d. R. Kapital 870 000 M. Direktor: Walter Demler. Aufsichtsrat: Generaldirektor F. H. Müller; Direktor E. Deubert; Generaldirektor Eugen Königsgatter; Professor Dr. Reumann-Görz; Obergeneral a. D. Baumgarten; Legationsrat F. v. Stumm; Generaldirektor R. Boehm; Direktor E. Deubert.
3. Maschinenpark, 78 Lokomotiven, 15 Waggons, 22 Kräne, 77 Motoren, 60 Kammen usw.
4. Saar-Baubetriebe Aktiengesellschaft in Saarbrücken, über deren Gesellschaftskapital, Geschäftsführung und Aufsichtsrat uns zur Zeit bestimmte Angaben fehlen.
5. Baubetriebe Aktiengesellschaft in Danzig. Auch für diese fehlen uns weitere bestimmte Angaben.

Die fünf vorstehenden Gesellschaften des Stumm-Konzerns sind abhängig von der Gesellschaft Stumm in Memmingen-Saar.

Wir veröffentlichen die vorstehende Zusammenstellung, um unsern Kollegen einen Einblick in die Zusammenhänge der privatkapitalistischen Großindustrie mit dem Baugewerbe zu geben. Soweit möglich, werden wir diese Bekanntgabe fortsetzen.

Wie Syndikalisten Unternehmerinteressen vertreten.

In Calbe a. d. E. wird ein neues Jnanamt gebaut. Am Submissionswesen ist mit der Ausführung dieses Baues die Firma Gertling & Maus, Magdeburg, beauftragt worden. Auch in diesem Falle zeigt die übliche Submissionsweise ihre Wirkung nicht bezweckt zu haben; denn kein von dem Regim der Arbeit wurden in den Jnanamt-Arbeitsmanner geübt, die die Bauarbeiten des Jnanamt ausführen sollen. Seit 1898 haben es die Arbeiter in Calbe unter ihrer Würde gehalten, die Ausführung irgendwelcher Aufträge zu übernehmen; da, wenn ihnen ein gewerkschaft

liche Schulung und Disziplin. Am Orte selbst war also nichts zu machen, deshalb mußten aus 800 000 Mauerer herangezogen werden. Aus der benachbarten Großstadt Magdeburg haben sich dann auch Mauerer bereit erklärt, die Arbeiten zu übernehmen. Es sind dies nicht etwa Mitglieder des Deutschen Bauergewerksbundes, sie nennen sich „Schindlarbeiter“, rechnen sich also zur schärfsten gewerkschaftlichen Spielart. Dies möchten sie auch immer nach außen vertreten, darum schloßen sie in aller Eile mit der Firma den nachstehenden Affordvertrag ab:

Leistungsvertrag.

Zwischen der Firma Gerling & Kaufsch, Bauergewerk in Magdeburg, und dem Maurer Otto Wurmisch in Magdeburg nebst Arbeitskolonne ist nachstehender Leistungsvertrag abgeschlossen worden:

Die Firma Gerling & Kaufsch überträgt die Ausführung der Maurerarbeiten zum Neubau des Finanzamtes und Pollantes in Calbe a. d. S. dem Maurer Otto Wurmisch nebst Arbeitskolonne. Die Kolonne Wurmisch verpflichtet sich, die unten näher aufgeführten Arbeiten sachgemäß und den Vorschriften und Bedingungen der Reichsbauverwaltung entsprechend in den von der Firma Gerling & Kaufsch der Reichsbauverwaltung gegenüber einzuhaltenden Fristen auszuführen. Die Firma Gerling & Kaufsch verpflichtet sich, der Kolonne Wurmisch bei einer Arbeitsleistung, die über das übliche Verhältnis hinausgeht, außer dem üblichen Stundenlohn eine Leistungszulage zu zahlen, die bis zu 50 % des üblichen Stundenlohnes betragen kann, je nach Leistungsstunden und Fertigstellungsdauer der einzelnen Geschäfte.

Zu den von der Kolonne Wurmisch übernommenen Arbeiten gehören: Das Grundmauerwerk aus Zementkalkputz, das Keller-, Erd-, erste und zweite, Ober- und Dachgeschoßmauerwerk, das freistehende Schornsteinmauerwerk im Dach des Schornsteinmauerwerkes über 20 m; 10 cm starke Trennwände; 1/2 Stein starke Trennwände; Sichtmauerwerk; Rauh der äußeren Restflächen; Glatzputz der inneren Flächen des Kellermauerwerkes; Verlegen der Träger und des Anbringens der Balkenlapp- und Quanker.

Als Betrag der Firma Gerling & Kaufsch ist der Maurermeister K. u. r. e. i. c. h auf der Baustelle anzuwenden, dessen Anordnungen von der Kolonne Wurmisch Folge zu leisten ist.

Magdeburg, den 29. September 1925.

gez. Gerling & Kaufsch, gez. O. Wurmisch, gez. Albert Naue.

In Calbe a. d. S. wird der Lohnsatz nach Lohnklasse 2, und zwar werden Maurern 89, Bauführerarbeiten 76 1/2 Stundenlohn gezahlt. In der Subvention konnte die auszuführende Firma mit höheren Löhnen in 2 1/2 fallisieren, sonst hätte ja die Arbeit an Calbeiner Unternehmern fallen müssen. Auch ist der Firma wie den Schindlarbeitern bekannt, daß in Calbe das Mauerer im Afford nicht zulässig ist. Man mußte also auf einen Ausweg finnen. Über dieser Ausweg, der sogenannte Leistungsvertrag, ist noch viel schlimmer als irgendein simpler Affordvertrag; denn es heißt darin, daß eine Leistungszulage bis zu 50 % des üblichen Stundenlohnes gezahlt werden kann. Ist eine Mehrleistung über die tägliche Leistung hinaus nicht das gleiche wie Afford? Oder wie stellen sich diese schindlarbeiterischen Ansprüche eine Mehrleistung über die tägliche Arbeitsleistung hinaus vor? Wer bei diesen Aufstellungen heißt der Zweck die Mittel? Sie sollen mit ihrer Verschönerung der Affordarbeit den eigenen Baugewerksbunden in den Rücken schlagen. Kollegen des Deutschen Bauergewerksbundes! Erkennt hieran, wie notwendig es ist, mehr als bisher für den Deutschen Bauergewerksbund zu werben. Es wird Zeit, daß ein solches radikal schillerndes Parasitentum endgültig ausgerottet wird!

Mehr Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte!

Die unserm Bunde im August angebotene Generalausperrung hätte ich für den wichtigsten Fingerzeig für unsere künftige Gewerkschaftsarbeit. Der „Grundstein“ schrieb damals am 15. August: „Das Vorhaben der Unternehmung bedeutet die Verschlagung unserer Auslieferung an die Unternehmung.“ Wenn wir uns dies alles vor Augen halten, so müssen wir uns fragen: Was sollen wir tun? Die Vergewaltigungslust der Unternehmung abzuwehren? Sie wäre meinen Erachtens vorhanden, und zwar durch Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte nicht nur des Bauergewerksbundes, sondern mehrerer Verbände zu einer großen Kampfgenossenschaft. Ein Beispiel hierzu geben uns die Unternehmern selbst. Bei ihrem bekannten Aufbruch vor der angeführten Ausperrung standen die verschiedensten Unternehmernorganisationen in hoher Eintracht gegen uns. Der „Grundstein“ hat am 12. September dazu ausführlich Stellung genommen. Er spricht dabei sehr richtig von einer „wunderbaren Einheitsfront der Besessenen gegen die Arbeiterkraft“.

Daraus sollten wir die notwendigen Schlüsse ziehen. Auch wir sollten die eiserne Einheitsfront der Besessenen zusammenfassen. Diesen Weg weist uns auch die letzte große Verarbeiterbewegung in England. Bekanntlich wurde diese dadurch erfolgreich beendet, daß mehrere große Gewerkschaften ein Schuß- und Treibbündnis abgeschlossen hatten. Dies genügt, um die englischen Unternehmern und ihre konservativen Regierung auf die Knie zu zwingen. Wirkte es nicht bei großen Kämpfen schon ansehnlich auf die Kollegen, wenn man ihnen die „stille Solidarität der gesamten Arbeiterklasse in Aussicht stellen könnte“?

Diesen Weg sollte auch unsere Bundesführung gehen. Zunächst wir uns nicht, größere Kämpfe als der im September stehen uns noch bevor. Nur durch Einigkeit aller verfügbaren Kräfte des Protektariats werden wir diese Kämpfe bestehen können. Da hoffen wir uns, daß es in diesem Sinne in der deutschen Arbeiterbewegung vorangeht. Zielen wir dem genannten Unternehmern entgegen. Zielten wir dem vereinigen Arbeiter entgegen. Dann werden wir auch unsere Gewerkschaftskämpfe überwinden. Bernhard Müller, Wittenberg.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 5. Oktober 1925.

Table with columns for regions (e.g., Danzig, Berlin, Hamburg) and professions (e.g., Maurer, Zimmermann, Tischler). It shows the number of workers and those who were unemployed on October 5th.

Von der Arbeitslosigkeit am 5. Oktober wurden 351 572 Mitglieder erfasst. Davon waren 15 816 arbeitslos, gegen 16 326 in der Vorwoche. Vom Mitgliederhundert sind dies diesmal 4,50, gegen 4,00 in der vorigen Woche. Die stärkste Arbeitslosigkeit hat wieder Danzig mit 13,7 %. Größer als im Reichsdurchschnitt ist die Arbeitslosigkeit außerdem noch in den Bezugsverbänden Dortmund (12 %), Köln (9,6 %), Hamburg (8,4 %), Nürnberg (8,3 %), Königsberg (7,8 %), Breslau und Karlsruhe (je 6,1 %), Bremen (5 %), Stuttgart (4,8 %) und Frankfurt (4,7 %). Am geringsten ist die Arbeitslosigkeit wieder in den Bezirken Dresden mit 0,6 % und Magdeburg mit 0,7 %. Bei den Maurern nahm die Zahl der Arbeitslosen zu von 272 auf 2885. Bei den Hilfsarbeitern nahm sie ab von 8675 auf 8407, bei den Erarbeitern von 3547 auf 3240.

Streiks und Lohnbewegungen.

Maurer, Bauführerarbeiten und Tischlerarbeiten: Gesperrt sind in Düsseldorf Geld- und Franke, in Grimme die Firma Höfingler, Verrach (Tischlerarbeiten), in Niederlahnstein die Stettiner Schamottefabrik. Das ganze Rheinisch-Westfälische Industriegebiet ist für die Bauarbeiter aller Fachgruppen gesperrt. Zugang ist freigegeben fernzuhalten. Glaser: Zugang nach Vierzheim ist fernzuhalten. Töpfer: Gesperrt sind für Denselber: Berlin, Damm i. W., Remmert (Gardes), Stargard i. P., Stolp i. P., Strauß (Firma Franz Winterfeld). Fliesenleger: Gesperrt ist Hagen i. Westf.

Ausperrungen. Die Streiks und Ausperrungen sind durch Vergleich beendet worden. Die Stundenlöhne werden gegenüber dem von unsern Bauergewerkschaften abgelehnten Schiedsspruch um 1 bis 5 % erhöht.

Die am 10. und 11. Oktober vom Zentralschiedsgericht in gemeinsamen Schiedssprüche sind angenommen worden von beiden Parteien für die Gebiete Hamburg-Schleswig-Holstein, Frankfurt-Oessen und Silesien. Abgeschlossen wurden die Schiedssprüche von den Unternehmernverbänden für Mecklenburg-Vorpommern, von unserm Gewerkschaftsverband für Bremen-Unterweser-Gms.

Am 20. Oktober wird das Zentralschiedsgericht über die Streitfragen in Bayern (Bezirksverbände München und Nürnberg) verhandeln. Wenn bis dahin noch aus anderen Bezirken Klagen vorliegen, soll auch darüber entschieden werden. Hoffentlich beendet sich dann das Schiedsgericht in diesem Jahre nicht mehr zu bemerken.

Siemensbauunion Irland. Diese Bauunion hat unter anderem auch eine Baustelle bei Limerick in Irland, wo der Schamonsitz zwecks Stromversorgung reguliert und eine Zalpierre gebaut wird. Die Firma wird für diese Arbeiten auch Arbeiter in Deutschland. Aus liegt ein Vertrag vor, der Arbeiter auf zwei Jahre nach Irland verpflichtet bei einem Wochenarbeitslohn von etwa 90 M., aber auch bei vierundfünfzigstündiger Wochenarbeitszeit. Umgebt die Firma also schon den in Deutschland und auch in Großbritannien bestehenden achtstündigen Arbeitstag, so hält sie auch die Verpflichtungen aus dem Vertrag nicht, wie uns von Arbeitern mitgeteilt wird, die bereits in Irland gewesen sind, nun zurückkehren und Klagen gegen die Firma wegen Entlangung ihrer Rechte vorgehen müssen. Weiter hat die Firma den an den Limerick sich befindlichen Bannan beschäftigten irischen Arbeitern einen Lohn von 23 Schillingen (etwa 92 M.) die Woche und dazu Unterkunft in Baracken und Kantinenbenutzung angeboten. Für Arbeiten in Limerick selbst bot sie den Arbeitern 1 Schilling die Stunde bei fünfzigstündiger Arbeitszeit. Der irische Gewerkschaftsbund weist nun in einem Briefe an uns darauf hin, daß diese Löhne niedriger sind als die für Irland tariflich vereinbarten und kein Mensch mit diesen Löhnen leben könne. Der irische Gewerkschaftsbund hat deshalb die Arbeiter der Firma gesperrt einschließlich des Entlassens mit Material von Deutschland einwandernde Schiffe. Darauf haben die irischen Arbeiter ihre Arbeit niedergelegt, die deutschen Arbeiter leider nicht. Sie verrieten Streikbrecherarbeit, zum Teil unter militärischer Bedeckung. Das daß geschehen kann, ist tief bedauerlich. Das trägt nicht dazu bei, das Ansehen der deutschen Arbeiter in den Ausland zu heben. Ist es schon verwerflich, sich als deutscher Arbeiter auf Kosten nichtdeutscher Arbeiter höhere Löhne zu verschaffen, so darf unter keinen Umständen ein deutscher Arbeiter im Zustande als Streikbrecher auftreten. Die Baustellen der Siemensbauunion in Irland sind also für jeden deutschen Arbeiter gesperrt!

Aus den Bauergewerkschaften.

Danzig. In der am 11. Oktober stattgefundenen Generalversammlung wurde zunächst das Ansehen der beteiligten Mitglieder Ernst Gierl, Albert Weyhowski, Wilhelm Mosen, Johannes Holtmann, Franz Baar, Friedrich Mühle, Karl Kamann, August Venski, Fritz Kleinert und Heinrich Klingenberg in üblicher Weise geehrt. Dann gab Kollege Brill den Geschäftsführerbericht. Die starke Arbeitslosigkeit wollte auch im Hochsommer nicht ganz abebben; sie hat jetzt schon wieder stärker eingesetzt. Die Unternehmern waren selbstverständlich darauf bedacht, die Löhne möglichst niedrig zu halten. Natürlich sind Zeiten der Geldeuerung der Bauwirtschaft nicht günstig; das ist in diesem Jahre besonders scharf hervorgetreten. Wenn die Hausbesitzer der Deffektivität aufzureden beruhen, bei einem „freien“ Wohnungsmarkt würde auch wieder eine leistungsfähigere Wohnbaufähigkeit erleben, so ist das nur Schein. In Danzig fehlen weit mehr als 10 000 Wohnungen. Hier hat das Privatunternehmertum vollkommen versagt. Mit den Mitteln der Wohnungsbauabgabe (20 % der Mietmieten) sind wir in diesem Jahre über bescheidene Entlastungen nicht hinausgekommen. Durch die verkehrswirtschaftliche Wirtschaftspolitik, wie sie hier seit Jahren betrieben wird, liegt die Wirtschaft banalster. Handel und Wandel ruht. Die Arbeitslosigkeit hat eine Höhe erreicht, wie wir sie noch nie erlebt haben. Im Laufe der Berichtszeit wurden die Löhne durch Schiedsspruch vom 8. Juni um 5 1/3 für Meister und 4 1/3 für Angelernte, dann durch Schiedsspruch vom 15. Juli um 8 1/4 für Meister und 7 1/2 für Angelernte erhöht. Der erste Schiedsspruch wurde von den ländlichen Lohngebieten anerkannt, auch der zweite nach mehrmaligen Verhandlungen in Danzig-Land, dagegen wurde er im Großen Werder abgelehnt. Erst durch drei Betriebsperren wurde dort der Arbeitgeberverband gezwungen, den Schiedsspruch anzuerkennen. Die Feriengebirgsordnung ist nunmehr nach grundrätlichen Verhandlungen gegenüber dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses auch von uns anerkannt. Ein Affordvertrag wurde nicht abgeschlossen. Deshalb schlägt die gemeinsam mit den Vertretern des christlichen Bauarbeiterverbandes abgetratene Vertrauensmännerberufsammlung die Wählung der Affordarbeit vor. Die Löhne für die Statistiker wurden zweimal erhöht. Da für die Köpfer mit der Körperprüfung eine rechtliche Haftung nicht zu erreichen war, wurde durch einwöchigen Streik der Stundenlohn auf 1,60 Gulden erhöht, die Affordsätze wurden um 15 % aufgehoben. Auf sonstige Bauarbeiten endeten sämtlich mit Erfolge. Zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mußten 26 Verhandlungen geführt werden. Eine Anzahl anderer Differenzen wurden mit den einzelnen Unternehmern direkt erledigt. Durch die daniebergerliegender Wirtschaft nehmen die gerichtlichen Klagen aus dem Arbeitsverhältnis immer mehr zu. Einzelne Unternehmern gaben überhaupt keinen Lohn, durch Pfändung ist von ihnen nichts zu holen. Gegen solche Schmarotzer können sich die Bauarbeiter nur wehren, wenn sie sich von vornherein durch die Bauauftraggeber den Lohn garantieren lassen. Klagen gegen die Unternehmern Pietha, Schildt, und Walter, Langfuhr, sind zwecklos; dort fällt jede Pfändung fruchtlos aus. Zur Erledigung der Verwaltung und zur Schulung und Wehrung der Mitglieder waren 23 Sitzungen und 132 Versammlungen nötig. In letzter Zeit ist immer mehr zu bemerken, daß Bauverträge abgeschlossen werden zu dem Namenunternehmern vorzuziehen, was für Arbeiterkräfte zu beschaffen hat. So wird bei Arbeiten, die die Meisterei Polen betreibt, verlangt, daß nur solche Arbeiter beschäftigt werden, die der polnischen Berufsvereinigung angehören. Arbeiten, die vom Aufenausschlag vergeben werden, enthalten eine Bestimmung, wonach 50 % Danziger Arbeiter und 50 % Arbeiter, die von der polnischen Berufsvereinigung geschickt werden, beschäftigt werden müssen. Hat der Unternehmern bei den Danziger Arbeitern noch die Auswahl, so fällt dies bei den Arbeitern von der polnischen Berufsvereinigung fort. Solche Verträge werden tatsächlich von „deutschen“ Unternehmern unterzeichnet und hochgehalten. So werden in Danzig trotz der starken Arbeitslosigkeit eine große Anzahl polnischer Staatsangehöriger im Baugewerbe beschäftigt. Niemand hat daran Anstoß genommen; man bemühte sich, ein recht kollegiales Verhältnis zwischen den Arbeitern beider Staaten herbeizuführen. Verzicht aber Polen, auf diesem Wege Danziger Arbeiter arbeitslos und beschäftigungslos zu machen, so wird der Senat bei zukünftigen Arbeiten, die er ausführt und bei Arbeiten, die von der Wohnungsabgabe ausgeführt werden, die Bestimmung in die Bauaufträge aufnehmen werden, daß bei diesen Arbeiten Danziger Staatsangehörige müssen, daß der größte Teil der Danziger Bauarbeiter arbeitslos ist und von der Allgemeinheit durch Arbeitslosenunterstützung unterhalten werden muß. Kollege Brill teilte noch mit, daß der Arbeitgeberverband den Zulassungsbeitrag des Tarifamtes beantragt hat, um auf Grund der gestiegenen Indexziffer den Lohn um mindestens 4 bis 6 % abzubauen. Dies sei eine Dreistigkeit und Frechheit, weil bisher noch lange nicht der Weltkriegslohn erreicht worden ist. Es ist möglich, daß die Unternehmern einen Tanz wollen; wollen sie tanzen, dann gut, wir sind bereit, ihnen aufzuspielen. Dann gab Kollege G. a. b. den Jahresbericht. An der Ausperrung über die Berichte beteiligten sich eine Anzahl Kollegen; sie endete damit, daß dem Affordvertrag Entlastung erteilt und das Verbot der Affordarbeit befristet wurde.

Hensburg. Zu Ehren der Mitglieder, die unserer bauergewerkschaftlichen Organisation 25 Jahre und länger angehören, hatten sich die Mitglieder unserer Bauergewerkschaft mit ihren Frauen am 10. Oktober zu einer sehr stark besuchten und feierlichen Feierabendversammlung zusammengeschlossen. Unsere 85 Mitgliederzahl waren bis auf 3 oder 4 Mann zur Stelle. Eine besondere Freude war es, darunter 7 Mitglieder begrüßen zu können, die ihrer gewerkschaftlichen Organisation über 50 Jahre, die ihrer Treue gehalten haben; von ihnen hat unser Leiter, der 85 Jahre alte Kollege Nutius, 50 Jahre, sogar ein Dreißigjähriges, das 65 Jahre alt geworden ist, mitgebracht. In einer Rede sprach Kollege Nutius über die Bedeutung dieser Feierabendversammlung der Bauergewerkschaften und die Bedeutung dieser Feierabendversammlung der Bauergewerkschaften und die Bedeutung dieser Feierabendversammlung der Bauergewerkschaften.

forderte, unsern Jubilaren für ihre treue Mitarbeit durch das Gedächtnis zu danken, in ihrem Geiste weiter arbeiten zu wollen für unsern Baugewerksbund, für die gesamte baugewerbliche Arbeiterklasse. Der Gedanke unserer Arbeit schloß sich eine launig-feierliche Aufnahme der in Osnabrück und Michaelis dieses Jahres ausgeleiteten Junggeleiteten in die Gemeinschaft der älteren Kollegen an. Eine launige Begrüßung durch den Kollegen K a n n, eine händeregehrte Kaffeezeit und ein Toast aus einem alten, von dem früheren Generalsekretär des Bauarbeiterverbandes im Jahre 1880 gestifteten Silberpokal zeigten den jungen Kollegen, wie herzlich sie der Kampfgenossenschaft der Älteren willkommen sind. Aufwändig wurde die Feier durch den Bauarbeiterverband in einer erhöhten Feiertätigkeit bei. Nach beendeter Feier blieben die Festteilnehmer noch einige Stunden in froher Geselligkeit beisammen.

Magdeburg. Die am 4. Oktober abgehaltene Generalversammlung war von 66 Delegierten besucht, ferner waren anwesend Kollege B e n h a r d vom Bundesvorstand und die Bezirksleitung. In eingehender Weise gab Kollege G e i n e m a n n einen Rückblick über die abgelaufene Zeitbewegung. Kollege L a n g e ging auf die Versammlungen in Magdeburg und auf die Stellung der Bezirksleitung während des Kampfes ein und sprach die Hoffnung aus, daß die Art der persönlichen Bekämpfung der Bundesleitung, der Bezirksleitung und des Vorstandes der Baugewerkschaft sich nicht wiederholen werde. Wer gegen die Beschlüsse des Vorstandes handelt und die Mitglieder zu solchen Verfehlungen aufruft, kann nicht mehr Mitglied der Organisation sein. Die gewerkschaftlichen Kämpfe seien nur unter Führung der Gewerkschaften. Die politischen Parteien haben sich nicht einzumischen. — In der jetzt lebhaftesten Aussprache wurde dem einzigen Kollegen die Haltung der Bezirksleitung verteidigt, von der Mehrheit kam aber zum Ausdruck, daß so nicht wieder gehandelt werden darf, wenn die Organisation darunter keinen Schaden leiden soll. Die verantwortliche Leitung muß immer in den Händen des Vorstandes liegen. Kollege B e n h a r d ging in großen Zügen auf die Aufgaben des Bundes bei diesem Großkampf ein. Der Nachwille der Unternehmer konnte nicht durchgehen, die Angriffe sind abgeklungen, für einen großen Teil Kollegen sind Verbesserungen erreicht. Für die Tiefbauarbeiter ist die Verhältnisse für einen Tarifvertrag noch nicht reif, die Durchorganisation der Tiefbauarbeiter ist Pflicht der Baugewerkschaften. Die Streikleitung in Magdeburg hat ihre Befugnisse weit überschritten; sie ist nur Hilfskraft des Vorstandes und hat ihm unterstehend zur Seite zu stehen. Schließlich wurde folgende Entschliessung gegen 4 Stimmen angenommen: „Die Vertreterversammlung der Baugewerkschaft Magdeburg spricht sich, daß der Beschluß der großen Zeitbewegung die Interessen der Magdeburger Bauarbeiter nicht genügend berücksichtigt und daher die Empörung der Mitglieder gegen die Vereinbarung sehr wohl berechtigt war. Sie wußte aber auch, daß die Vereinbarung vom Bundesvorstand und Zentral nur als Ganges gemacht werden mußte und unter den obwaltenden wirtschaftlichen Machtverhältnissen diese Körperlichkeiten nach bestem Können beachtet haben, für die kämpfenden Kollegen das Beste zu erreichen. Verlauf und Ende des Großkampfes beweisen, daß in Zukunft noch mehr als bisher die eigenen Reihen und die der Gesamtgewerkschaftsbewegung gestärkt werden müssen. Aus dieser Erkenntnis heraus beurteilt die Vertreterversammlung die gegen die leitenden Kollegen geschehenen Angriffe und spricht ihnen das Vertrauen aus.“ Für die Zahlstellenleitungen hat die Verwaltung eine Schrift von Fr. Keiss — M a g e b e r g für die Unfallversicherung — beschafft. Diese Schrift muß in allen Zahlstellen besprochen werden. Die Bestimmungen der Ehrenurkunden für alle Bundesmitglieder sollen bis 1926, wo wir das 30jährige Bestehen der Bauarbeiterorganisation feiern können, zurückgestellt werden. Die Bestellung der Bundeskassen soll sofort geschehen. Für die jungen Kollegen erscheint im Verlag des Bundesvorstandes der „Baubau“, der zur Bereicherung des Wissens und zur Bildung beitragen soll. Der Vorstand hat beschlossen, den jungen Mitgliedern die Hefte umsonst zu liefern. Der Bundesbeitrag ist für Handarbeiter von der 11. Beitragswoche an um 5 J. erhöht. Kollege D i t t e r bringt noch einen Antrag der Zahlstellen Magdeburg über die Wiederaufnahme des Ausgeschlossenvertrandes zur Sprache. Kollege S t e i n h a r d tritt für Annahme des Antrags ein, der Textentwurf geht auf Anregung des Vorstehenden zur Tagesordnung über. Nachdem noch zur Frage des Bauarbeiterzweiges gesprochen, konnte Kollege Geinemann mit einem Mahnruf für den Baugewerksbund die Tagung schließen.

München. Da wir uns hier befaßten mit im schwärzigen Teil des schwarzen Oberlandes befinden und unsere Werksarbeit darauf einstellen müssen, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn die „extrem“ veranlagten Kollegen die „schärfe“ Mundart betreten. Ihre Aufgabe sehen sie in der Bekämpfung der Gewerkschaften. Vor allem wollen sie die finanziellen Verhältnisse des Bundes schädigen; deshalb fahren sie auch gegen die Kampfbeiträge alle Kanonen auf. Schon oft ist bewiesen worden, daß da, wo der Kapitalismus vorherrscht, die Arbeiterbewegung darunter am meisten zu leiden hat. Den Kollegen, die ihr Alles für die Befreiung der Lebenshaltung der Arbeiter aufs Spiel setzen, wird das Leben so schwer wie möglich gemacht. Die Kommunisten erweisen sich so als beste Schrittmacher des Unternehmertums. So wollen diese Leute nicht begreifen, daß, wenn der Hund keine Geldmittel hat, seine Schlagkraft gegen das Unternehmertum nachgelassen wird. Alles wollen sie mit dem „Idealismus“ erlampfen, obwohl bei hungrigen Mägen mit dem idealistischen Idealismus nichts anzufangen ist. Mit ihren verächtlichen Tritten haben sie bereits vielen den Verfall in den Unterwelt der geradezu vertrieben. Man bekommt oft den Eindruck, daß diese Leute zum Zwecke der Verblüffung der Arbeiterklasse zum Unternehmertum extra beauftragt sind, um es zu tun, daß das „Vorstandsmittelschicht“, obwohl es das ganze Jahr gearbeitet, nur 5 bis 10 Prozent mehr als die Kampfbeiträge hat nicht gekostet. Die Arbeiterklasse ist nicht feindlich, sondern sie hat den Willen, daß bei den Firmen Befehle, die Arbeiter, Generalsekretär und Vorstand, keine Handlungen ausführen dürfen, die den Interessen der Arbeiter schaden.

Moskowitz unter Zurücklassung seiner Frau und 8 jenseit unminütiger Kinder mit einer armen Frau, die auch ein 9 Monate altes Kind zurückließ, bei Nacht und Nebel durchbrannt? Dieser „Arbeitsweg“ hinterließ dabei auch noch eine große Schuld an mitgenommenen oder verkauften Wertgegenständen. Außerdem brachte er vor seinem Ausreisen noch das Mitgliedsbuch eines Kollegen an sich und entsetzte daraus sämtliche Marken. Und Klassenpositionen werden auch als „Arbeitsweg“ betrachtet. Mühte es sonst vorzukommen, daß trotz schriftlicher und mündlicher Einladung kein Arbeiter zu bewegen war, die Quartalsabrechnung zu revidieren? Und solche Leute wollen allen Gewerkschaften Knüttel zwischen die Beine werfen! Alles wäre anders, wenn unsere Kollegen besser zur Sache halten würden. Darum rufen wir jedem Kollegen zu, der auf streng gewerkschaftlichen Boden steht: Stehen in die Organisation! Stehen in die Verammlungen! Nehmt die Kampfbeiträge genau und schnell, damit wir im Frühjahr wieder einen Schritt vorwärts kommen!

Wiesbaden. In der am 14. Oktober abgehaltenen Werksversammlung gab auch Kollege H a r t m a n n einen Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen. Am 30. September lief das Bezirksabkommen ab. Deshalb fanden am 30. September in den Mittelwestlichen Arbeitgeberverband Verhandlungen in Frankfurt a. M. statt. Die Forderung unserer Kollegen bestand in 5 J. Lohn-erhöhung je Arbeitsstunde. Der Arbeitgeberverband lehnte jede Lohnhöhung ab, er war nur bereit, das bisherige Lohnabkommen bis zum 30. November zu verlängern. Ein Vorschlag von uns, das Lohnamt in Frankfurt a. M. anzufragen, wurde ebenfalls von der Gegenseite abgelehnt. Das Bestreben der Unternehmer geht dahin, alle Lohnabkommen bis zum 30. November 1925 abzuschließen. Ebenso sollen die Löhne nicht mehr bezüglich, sondern an zentraler Stelle in Berlin vereinbart werden. Da die Unternehmer das Lohnamt Frankfurt a. M. ablehnten, waren wir gezwungen, das Zentral-Lohnamt anzufragen. Die Verhandlungen fanden am 10. und 11. Oktober in Berlin statt, es wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach der bisherige Lohnsatz bis zum 31. Januar 1926 gelten soll. Der Schiedsspruch empfahl die Annahme dieses Schiedsspruches; die Kollegen stimmten diesem Vorschlag zu.

Aus den Fachgruppen.

Glaser. Zur Affordarbeit. In Nr. 40 des „Grundstein“ wird in einem Aufsatz über Affordarbeit aufgefordert, in den Verhandlungen zu dieser Arbeitsweise Stellung zu nehmen. Eine unter am 26. Oktober angesehene Versammlung erst abzuwarten, möchte ich meine Meinung, die sich mit der Versammlung Kollegen deckt, schon jetzt sagen. Darüber dürfte kaum Streit bestehen, daß die Affordarbeit für unsere Kollegen zweckmäßiger ist als die Arbeit; denn von der Affordarbeit hat nur der Unternehmer Nutzen. Er erhält seine Arbeit in kürzester Zeit fertiggestellt, spart also dadurch Ausgaben für soziale Lasten, sowohl für die, die die Arbeit schneller herstellen, wie auch für die Arbeiterkräfte, die er nicht einstellt. Ferner spart der Unternehmer Betriebskapital; denn je eher die Arbeit fertiggestellt ist, um so eher erhält er sein Geld für die Arbeit. Er braucht also auch nur für entsprechend kürzere Zeit Kredite oder sein Bankkonto in Anspruch zu nehmen. — Der Affordarbeiter selbst hat keinen Nutzen. Sein Unternehmer beschäftigt einen Arbeiter länger, als Arbeit vorhanden ist. Der Mehrerwerb bei Affordarbeit ist vielleich für den Augenblick von Nutzen, vorausgesetzt, daß er nicht sofort in den Kneipe ausgeht. Ist die Arbeit fertig, so wird der Arbeiter entlassen. Oft ist er dann lange, oft wochenlang arbeitslos. Nach beendeter Lohnarbeit werden die Arbeiter freilich auch entlassen, wenn keine Aufträge mehr vorliegen. Aber die Arbeitslosigkeit ist bei Lohnarbeit doch dauernder. Die Affordarbeit verursacht obenstehend vorgelegten Kräfteverlust. Der einzelne hat von der Affordarbeit keinen Nutzen, die Allgemeinheit aber großen Schaden. Vor allem wird der Lohn gedrückt. Bei uns Gläser ist sehr häufig der Stundenlohn dort am niedrigsten, wo in Afford gearbeitet wird. Die Unternehmer können mit Recht sagen, warum denn über Stundenlohn streiten, die Arbeiter verdienen ja im Afford soviel mehr. Die nicht in Afford arbeiten, und das sind die meisten, die haben den Schaden. In Afford wird mehr Arbeit geleistet. Dadurch werden weniger Arbeiterkräfte gebraucht. Der Arbeitsnachweis steigt voll. Die Arbeiterlosen hingegen, weil andere mehr verdienen wollen. Bei festlicher Geschäftsgänge läßt der Unternehmer nicht in Afford arbeiten, verlangt aber bei Lohnarbeit dieselbe Leistung bei geringeren Stundenlohn. Und leider würden dann manche Kollegen, schon um sich nicht zu stellen, die gleiche Leistung heraus wie in Afford. Man konnte nicht damit, man sei bei Affordarbeit freier, als sein eigener Herr. Kein Unternehmer läßt sich gefallen, daß man eine vierel Stunde später kommt oder früher geht. Durch die Gewerkschaften ist die Arbeitszeit geregelt und die hält der organisierte Arbeiter von selbst ein. Worin besteht also die Freiheit? Freiheit darin, daß der Arbeiter während der Arbeit um eine vierel Stunde ausspannt? Ja! Aber der Unternehmer darf nicht gerade kommen. Dann ist es auch damit, was Affordarbeit aus. Und ist das Freiheit, wenn jemand die während einer Ruhepause verbrachte Leistung durch doppeltes Würgen wieder herausbringt? Nein; denn dadurch zeigt sich der Arbeiter nur als Sklave seiner Arbeit und des ihm gebenden Geldes. Ueber die Ausführung der Arbeit in Afford würde auch ein Vieh zu sagen. In der Fensterherstellung kommt der Leim öfter außen dran, statt in die Scheiben hinein. Das Schrauben bis an den Hals durch den Hammer verfrachtet werden, gehört auch zum Afford. Ueber Vergütung will ich schwärzen. — Paufen und Arbeitszeit werden bei Affordarbeit meistens nicht eingehalten. Dann der Haß und Neid unter den Kollegen eines Betriebes, wenn der eine ein- oder gar mehrmals eine lebendige Arbeit erhält als ein anderer. Die Unternehmer machen das mit Verzehe, um dadurch die so sehr notwendige Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegen zu unterbinden. Von den Kollegen oder Werksführern gar nicht zu reden, die oft die Unterbindung der Arbeit nach der Verbindung von Arbeit und Normalarbeit. Kollegen! Zeigt für ge-

regelte Lohnarbeit, für gerechte Stundenlöhne! Sagt andere auch mit arbeiten. Vergewaltigt eure Arbeitskraft nicht freigeitlich! Ihr müßt, daß der Woll seine Schuldbiligkeit getan, kann er gehen! Lohnarbeit! Sei die Lösung. M. R.

Glaser. Unsere Verhandlungen haben leider nicht gebracht, was die Kollegen davon erwartet hatten. Als Spitzenlohn wurden 95 J. festgesetzt, womit nur eine Zulage von 5 J. erreicht ist. Da für jüngere Kollegen Staffellöhne vorgesehen waren und die Dauer der Wahrung bis zum 31. März 1926 gelten soll, gab es in der am 10. Oktober stattgefundenen Versammlung lebhafteste Auseinandersetzungen. Durch weitere Verhandlung mit dem Obermeister der Glaserinnung wurde dann der Ablauftermin auf den 31. Dezember 1925 festgesetzt. Wir haben hier einen schweren Stand, da neben den vielen Kleinmeistern auch eine ziemliche Anzahl Meisterhöfchen vorhanden sind, wodurch unsere Bewegung potentiell gebremst wird. Gotta. Da hier gegenwärtig kein Tarifvertrag für das Glasergewerbe besteht, richtet sich seit unserm Antritt an den Baugewerksbund der Stundenlohn der Glaser nach dem jeweiligen Maurerlohn. Durch die letzte Zulage von 5 J. beträgt vom 1. Oktober an der Glaserlohn 92 J. die Stunde. Unsere Fachgruppe zählt 14 Kollegen. Eine Anzahl Kollegen arbeitet in andern Industrien und gehört dort den Verbänden an.

Glaser.

Arbeitslosen. (Schwörer Unfall.) Hier hat der Kollege Philipp Kemmer als Mutterstift, der seit 18 Jahren bei der Firma Grünzweig beschäftigt war, durch die Unvorsichtigkeit einer anderen Person sein Leben eingebüßt. Der Unfall ereignete sich am 13. Oktober in der Zunderfabrik Döflein (Pfalz), wo unter Kollege mit der Ausführung von Isolierarbeiten beschäftigt war. Der Unfall wurde durch ein unvorsichtiges Verhalten auf anderer Seite geschehen. Die Verantwortlichen der Firma, die sich auf halb darauf unter gräßlichen Schmerzen verhielt. So hat das Schicksal der Arbeit wieder einen pflichttreuen Kollegen als Opfer gefordert. Möge jeder Kollege stets die Umgebung seiner Arbeitsstelle prüfen und die Betriebsleitung auf etwaige Schäden und Mängel aufmerksam machen, damit solche Unglücksfälle ausgemerzt werden. Kollege Kemmer war uns allen ein treuer, pflichtbewußter Kollege; wir werden ihm ein treues Andenken bewahren. — Unsere nächste Versammlung findet am 8. November, vormittags 9½ Uhr, im Lokal Fischer, Kanalstr. 68, statt. Die Mitgliedsbeiträge sind mitzubringen.

Maurer.

München. In der am 1. Oktober abgehaltenen Fachgruppenversammlung der Maurer sprach Kollege W e g e r über die Verhältnisse der Affordarbeit innerhalb der Fachgruppe. Der Kampf, den besonders die deutschen Bauarbeiter bisher gegen die Affordarbeit geführt, sei vielfach an dem Widerstand der Kollegen gescheitert; ein Teil von ihnen zieht eben diese Arbeitsweise der Zeitlohnarbeit vor. Deshalb galt es, sich damit abzufinden und einen Affordtarifvertrag anzustreben, um die gegenseitige Preisunterbietung unmöglich zu machen. Mit der derzeitigen Bauaktivität könnten wir zufrieden sein, allerdings entspricht sie nicht den Anfang des Jahres gegebenen Erwartungen. So war die Bauaktivität auf dem flachen Lande sehr gering. Der Zustrom der sächsischen Kollegen nach den Orten mit guter Bauaktivität war deshalb groß. Er genügte, um unsere gerechten Lohnforderungen ein schließlich „Mein“ der Unternehmer entgegenzustellen. Nachdem in München die Affordarbeit freigegeben, entstand ein wildes Treiben nach Arbeitsübernahme im Afford. In dieses Treiben haben der Preisgestaltung mußte Ordnung gebracht werden. Nach langwierigen Unterhandlungen gelang es dann, einen Affordvertrag abzuschließen, der in diesen Zeiten noch ausnützlich, das 11 e r e Arbeitverhältnis während des Sommermonats ist nun noch diesem Vertrag geordnet worden. Jedoch der Sacramento Egoismus veranlaßt heute schon wieder einige Kollegen, unter diesem Vertrag Arbeiten zu übernehmen. Bei der Firma Weg & Co., Baustelle Wettersteinplatz, waren Kollegen aus Ingolstadt, Niesenburg und Woburg beschäftigt. Sie hatten den Aufsteiger Maurerwerk um 4,5 Maurerstundenlohn übernommen. Dafür kommen aber, in diesem Gebäude nach dem Tarif 5,1 Stundenlohn in Betracht. Auf Wunsch erklärten die Kollegen, ihnen sei Winterarbeit verprochen worden, dies sei besser, als wenn sie arbeitslos wären. Der Herr Bauaufseher Dreier erklärte, das sei die Organisation einen Dred an, auch wenn die Arbeiter umsonst arbeiten würden. Schließlich bedrohte er den Kollegen Wegger mit Schlägen und mit Herauswurf von der Baustelle; zuletzt berief er zu seinem Schutze die Polizei. Ein Wachmeister und ein Spümann führten dann auch tatsächlich den Kollegen Wegger ab. Dem mehrwärtigen Kapitän Ehrhardt oder die Gemeinderäte erwies die Münchner Polizei niemals. Ob sie da bei telephonischem Anruf auch so schnell zur Hand wäre? Bedauerlicherweise kamen die Kollegen nicht im geringsten dem Kollegen Wegger zu Hilfe. Das berachte Dinge möglicherweise, ist ein Beweis dafür, wie weit es heute bei einzelnen Kollegen mit ihrer Auffassung vom Klassenkampf und von der freien Gewerkschaft gekommen ist. — In der Versammlung wurde das Verhalten der betreffenden Kollegen aufs schärfste beurteilt. Der Antrag auf ihren Ausschluß wurde gegen wenige Stimmen angenommen. In seinem Schlußwort forderte Kollege Wegger auf, nicht zu erlahmen im Dienste der Organisation, mitzugeben an ihrem Ausbau, resloße Pflichterfüllung und Disziplin hochzuhalten; dann wird es möglich sein den kommenden Dingen gegenüber gegenüberzutreten. Erwähnt sei noch, daß der Wobart an Mauern in München hindereidend gedeckt ist. Vor Zurück nach München wird dringend gewarnt.

Stukhakeure und Puffer.

Tresden. Eine am 17. Oktober stattgefundenen Fachgruppenversammlung beschäftigte sich mit der Stellungnahme zur endgültigen Formulierung des für Sachsen abzuschließenden Landesarbeits und beschloß folgendes: — Die heutige Statutenversammlung kann den in Leipzig vereinbarten Landesarbeitsvertrag zustimmen, noch sieht sie nach Lage der Sache einen Weg, was uns die Abklärung nicht könnte. Auf jeden Fall legt die Verammlungen Bedenken dagegen ein, daß der Landesarbeits am 31. September 1925 ablaufen soll.

Ausgangspunkt, Vertiefungen und Lohngestaltung in der...

- Gottbus 1200, Coburg 1000, Gammin 299,10, Corbach 800...

- a. d. Mega 716,80, Teipe 500, Trensbuttel 434,50, Zölg...

Briefkasten der Redaktion.

Grimmer in Dresden und andere. Ein Bericht aus einem...

Für die Woche vom 25. bis 31. Oktober ist der 44. Bundesbeitrag für 1925 zu zahlen.

- Strausnid 104,50, Rempfen 98,40, Krafow 75, Kaiserlautern...

- Verpflichtete Schriften: Feldberg 1 M., Fürstenwalde 1,...

Bekanntmachung des Bundesvorstandes.

Ausgangspunkt auf Grund § 16 der Bundesfassung sind...

Nom 18. bis 19. Oktober haben folgende Baugesen...

Sterbetafel. Durch den Tod verlor der Bund folgende Mitglieder...

Herbert Büchmann, Dienstreiter, geb. am 11. Februar 1907...

Verstandhaus Fritz Ulrich. Mechanische Bernf. und Sportkleiderfabrik...

Pickel, Mitesser!! Ein einfaches wunderbares Mittel...

Lustige Gesellschaft steckt an! Ein lustiges Buch des Humors...

Schweinsköpfe mit dicker durchwachsener fleisch. Paacke...

Das Buch z. T. nach d. best. all. Witzb. 1.1.50...

Lustig Buchmacher. Eisenbrennmaschinenfabrik...

Lustige Gesellschaft steckt an! Ein lustiges Buch...

Kongress-Verlag, Albig, 325, Dresden-N., Marktstraße 20

Betten. Aus prima dichten Kieper. Langjährige Garantie...

Käse. 97 gelb. Brod. 4.4.95, 97 rot. 4.4.95...

Carl Ramon, Nortorf (H.) Nr. 118d.

Bundeszeitung. Die deutsche Tageszeitung...

SIGURD RÄDER. Enorm billig und doch gut.

Heilkräfte. Einmaliges, ein für allemal Heilmittel...

Reste. Auto starke in Manchester und Reikdorf...

Fahrräder. Ggg. bequ. Zahl. Liste verlangen!

Kugeln. rote Kugeln A 4 1/2, 2 Stück...

SIGURD RÄDER. Enorm billig und doch gut.

Pretnassen. Befreit sofort. Alter und Geschlecht anzuh.

Lois Mosberg, Bielefeld. gegründet 1885.

Arcona-Räder. Die Liebesgaben der Radsportler...

Ernst Machow. BERLIN C. 54, Weinmeisterstraße 14